

Peter Moser (FDP), Biel
Peter Sommer (FDP), Wynigen

Postulat

Berner Heimatschutz: Überprüfen des Kantonsbeitrages und der Vereinbarung mit der kantonalen Denkmalpflege

Der Regierungsrat wird aufgefordert zu überprüfen,

1. ob der an den Berner Heimatschutz auszubehaltende Kantonsbeitrag in seiner Höhe gerechtfertigt oder ob er anzupassen ist,
2. ob der Beitrag ordnungsgemäss verwendet wird/wurde, und
3. ob die zwischen der Denkmalpflege des Kantons Bern und dem Berner Heimatschutz abgeschlossene Vereinbarung noch den aktuellsten Gegebenheiten entspricht (oder eine Anpassung notwendig ist)

Begründung: Gemäss Regierungsratsbeschluss RRB0263/2011 erhält der Berner Heimatschutz in den Rechnungsjahren 2011 bis 2014 einen Beitrag von Fr. 150'000 pro Jahr. Im Sinne der Kantonalen Gesetzgebung haben die kantonale Denkmalpflege (KDP) und der Berner Heimatschutz per Vereinbarung vom 30. September 2008 ihre Zusammenarbeit und Aufgabenteilung zur gemeinsamen Pflege des Bauinventars geregelt.

In letzter Zeit fällt der Heimatschutz (oder zumindest einzelne Exponenten) durch kompromisslose Haltung auf. Ganz nach dem Motto: "entweder ihr übernehmt unsere Forderungen, oder wir bekämpfen das Projekt bis vor Bundesgericht". Diese erpresserische Haltung des Heimatschutzes zwingt viele private Bauherren, auf die Forderungen frühzeitig einzugehen, wollen sie Zeitverzögerungen vermeiden und Geld sparen.

Im Falle des Projektes Seeland-Gymnasium Biel (Renovation / Erweiterungsbau / Provisorium) wird jetzt ein Exempel statuiert und der Streit eskaliert. Kommt hinzu, dass offenbar die Basis des Heimatschutzes nicht viel bis gar nichts zu sagen hat (siehe Artikel im Bieler Tagblatt vom 14. März 2012 "Noch mehr Einsprachen gegen den Gymer"), sondern die Vorstände (wie gross sind diese?) eigenmächtig das Vorgehen bestimmen. Einige Wenige bestimmen, was gut und recht ist (und die Mehrheit hat zu folgen). Wo bleibt da die Demokratie? Man kommt als Aussenstehender nicht um den Eindruck herum, dass einzelne Exponenten des BHS private Rachefeldzüge führen. So kämpft also eine vom Kanton finanziell unterstützte Institution gegen den gleichen Kanton! Der Heimatschutz verhindert mit seinem Vorgehen, dass die Schüler adäquate Schulräume erhalten, gefährdet Gesundheit und Leben der Schüler und treibt die Kosten in die Höhe (die dann schlussendlich der Steuerzahler wieder zu berappen hat).

Eine Überprüfung der Vereinbarung müsste zumindest eine Kontrolle der Tätigkeiten und der Verwendung des Kantonsbeitrages beinhalten.

Biel, 19. März 2012

Peter Moser

Peter Sommer